Islamwissenschaftlerin: Parteien sparen Thema Islam aus

2. Oktober 2019



Münster (KNA) Die Frankfurter Islamwissenschaftlerin Susanne Schröter hat den großen Parteien in Deutschland vorgeworfen, das Thema Islam weitgehend auszusparen. „Es gibt da einen Mangel an Wissen und an Debatte“, sagte Schröter am Montagabend bei einer Podiumsdiskussion im Rathaus von Münster. „Die beiden großen Themen, die es den Rechten leicht machen, sind derzeit die Migration und der Islam.“

Schröter bemängelte zudem, es sei falsch, mit islamischen Organisationen zusammenzuarbeiten, die nur einen Bruchteil der Muslime repräsentierten. Stattdessen müsse der Staat mehr liberale Kräfte und Kritiker der islamischen Verbände ins Gespräch einbinden und schärfer gegen den gefährlichen politischen Islamismus vorgehen. Schröter äußerte sich bei einer Diskussion zum Thema „In welcher Verfassung sind wir? – Ein Blick in die Seele unseres Landes“ im Rahmen der „Dialoge zum Frieden“.

Der Journalist und Buchautor Christian Schüle verwies in der Debatte darauf, dass viele Menschen in Deutschland eine große Sehnsucht nach Heimat, Leitkultur und Patriotismus hätten. „Diese Sehnsucht ist viel größer, als man gedacht hätte“, so Schüle. Die Frage nach der Identität sei eine wesentliche Frage, und die Rechtspopulisten und Rechtsnationalisten böten den Menschen eine nationale kulturelle Identität an. Institutionen wie Volksparteien, Gewerkschaften und die Kirchen aber befänden sich in der Krise und auf dem Rückzug aus öffentlichen Räumen. „Wir müssen zuhören und zu verstehen lernen, warum die AfD gewählt wird“, erklärte der frühere „Zeit“-Redakteur.

Energischen Widerspruch meldete dagegen der Freiburger Historiker Ulrich Herbert an. „Wir sind keine identitätsferne Gesellschaft“, unterstrich der Leibniz-Preisträger. „Deutschland ging es noch nie so gut wie jetzt, und die meisten sind stolz auf unser Land.“ Zugleich aber gebe es ein Erschrecken über die Globalisierung und die Zuwanderung von Ausländern sowie ein Unverständnis für die Dynamik der Veränderung. Die Gesellschaft sei in vergleichsweise kurzer Zeit multikulturell geworden. Parteien, Gewerkschaften und Kirchen hätten ihre traditionellen Milieus verloren. „Viele Diskussionen heute empfinde ich aber als überzogen, denn wir sind in Deutschland in guter Verfassung“, so Herbert. Allerdings müssten künftig soziale Fragen wieder eine größere Rolle spielen.

(KNA - tlkkl-89-00018)

Stand: 13. November 2026